

DER PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Pressedienst Nr. 16178
Donnerstag, 18. November 2021

| | |
|--|---|
| Köstinger: Budget des BMLRT für 2022 stärkt unsere Regionen | 1 |
| Heimische Agrarvertreter: Budget 2022 bildet Fundament für Versorgungssicherheit | 1 |
| EFSA: Notfallzulassungen von Neonicotinoiden bei Zuckerrüben waren zulässig | 3 |
| Schutz des Urwaldes: EU-Agrarverbände bezweifeln erfolgreiche Umsetzung | 3 |
| Bundesländer begrüßen Saisonier-Neuregelung | 4 |
| Landtechnik: Kostenfreier RTK-Korrekturdatendienst erfolgreich angelaufen | 5 |
| Russland schränkt Düngerexporte für ein halbes Jahr ein | 6 |

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische
Versicherung

Köstinger: Budget des BMLRT für 2022 stärkt unsere Regionen

Mittel für Direktzahlungen und Ländliche Entwicklung gesichert

Wien, 18. November 2021 (aiz.info). - "Das Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus (BMLRT) verfügt 2022 über rund 3,4 Mrd. Euro - das sind um 104 Mio. Euro mehr als im heurigen Jahr. Jeder Euro, den wir in die regionale Entwicklung investieren, ist eine Investition in die Zukunft", betonte Bundesministerin **Elisabeth Köstinger** gestern anlässlich der Budgetdebatte im Nationalrat.

"Für die Landwirtschaft sind im Budget die Direktzahlungen für das Jahr 2022 gesichert. Auch die Erfolgsprogramme der Ländlichen Entwicklung können in vollem Umfang weitergeführt werden. Als Landwirtschafts- und Regionenministerin ist es mein Ziel, beste Lebens- und Arbeitsqualität in ganz Österreich zu ermöglichen", so Köstinger. "Der Forstwirtschaft stehen 110 Mio. Euro zur Verfügung, weitere 145 Mio. Euro für Wildbach- und Lawinerverbauung sowie 105 Mio. für Schutzwasserbau. 2022 sind für den 2020 beschlossenen Waldfonds 102,5 Mio. Euro budgetiert. Der Waldfonds ist mit einem Volumen von insgesamt 350 Mio. Euro für die Jahre 2021 bis 2025 das größte Zukunftspaket für eine nachhaltige und zukunftsfitte Forstwirtschaft", unterstrich die Ministerin.

"Der Tourismus gehört zu den Hauptbetroffenen der Corona-Pandemie. Umso wichtiger ist es, dass wir das Tourismusbudget um 68 Mio. Euro auf 124 Mio. Euro erhöhen. Mit diesen Mitteln können wir unseren Urlaubsstandort wieder auf die Überholspur bringen. Tourismus bedeutet Arbeitsplätze und Wertschöpfung für die Regionen", so die Ministerin.

"Die Corona-Krise hat gezeigt, wie wichtig eine funktionierende digitale Infrastruktur für Gesellschaft und Wirtschaft ist. Mit einem Budget von 246 Mio. Euro für Breitbandnetze können wir den flächendeckenden Ausbau weiter vorantreiben", unterstrich Köstinger. Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt im Budget ihres Ressorts sei der Zivildienst. (Schluss)

Heimische Agrarvertreter: Budget 2022 bildet Fundament für Versorgungssicherheit

Landwirte müssen von ihrer Arbeit leben können

Wien, 18. November 2021 (aiz.info). - Wie aus der Budgetdebatte gestern im Nationalrat hervorging, werden die Mittel für das Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus (BMLRT) 2022 über rund 3,4 Mrd. Euro betragen, das sind um 104 Mio. Euro mehr als im Jahr 2021. "Das Agrarbudget bildet das Fundament der Versorgungssicherheit mit hochwertigen heimischen Lebensmitteln durch unsere österreichischen Bäuerinnen und Bauern. Auf den Agrarmärkten gibt es momentan enorme Dynamiken in Form von Preissteigerungen bei Rohstoffen oder nicht funktionierender Lieferketten. In Österreich ist durch das Landwirtschaftsbudget Stabilität gegeben, und die Bevölkerung kann sich tagtäglich sicher sein, dass die Bäuerinnen und Bauern Garant für Lebensmittel höchster Qualität sind", stellte ÖVP-Umweltsprecher **Johannes Schmuckenschlager** anlässlich seiner Rede im Nationalrat klar.

Schmuckenschlager betonte, dass man mit diesem Budget 2022 in der Höhe von 3,37 Mrd. Euro Herausforderungen offensiv annehmen kann und notwendige Anpassungen möglich gemacht werden, wie etwa der Ausbau der Ernte- und Hagelversicherung oder der Waldfonds in Höhe von 350 Mio. Euro. "Der Wald ist unsere natürliche Klimaanlage. Der Waldfonds unterstützt unsere Land- und Forstwirte bei der Aufforstung und Zukunftsgestaltung des heimischen Waldes", so der Abgeordnete.

Nationalratsabgeordneter **Josef Hechenberger** verwies auf langfristige, nachhaltige Investitionen, die somit getätigt werden können: "Das Budget 2022 stärkt die heimischen Landwirte und bringt ein Plus von 3,2% gegenüber dem Vorjahr. Dadurch haben die Bauernfamilien Planungssicherheit für die kommenden Jahre, denn sie sorgen für regionale und gesunde Lebensmittel. Jeder Euro für die heimische Landwirtschaft ist eine Investition in die Versorgungssicherheit, Nachhaltigkeit und in die Zukunft des ländlichen Raumes." Zudem bringe die geplante ökosoziale Steuerreform mit einer fairen CO₂-Bepreisung Entlastungen für die Bauernfamilien. Dazu zählten etwa der Klimabonus für Bewohner in Regionen, die auf das Auto angewiesen seien, die Steuerrückvergütung für Agrardiesel sowie eine CO₂-Bepreisung von weit gereisten Lebensmitteln.

Erfolgreiche Regionalprogramme werden weitergeführt

Nationalratsabgeordneter **Nikolaus Berlakovich** ging in der Budgetdebatte auf die erfolgreichen europäischen Regionalprogramme ein, die den sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhang stärken und weitergeführt werden. Die Regionen in Österreich können von diesen EU-Fördergeldern profitieren, wies Berlakovich darauf hin, dass damit seit dem EU-Beitritt Österreichs 31 Mrd. Euro an Investitionen verbunden waren und 850.000 Arbeitsplätze geschaffen wurden. Das Burgenland als Ziel-1-Gebiet konnte Investitionen in der Höhe von 5,2 Mrd. tätigen und 35.000 Arbeitsplätze schaffen. "Das Burgenland ist um 13% stärker gewachsen als andere Bundesländer. Das zeigt den Erfolg der Regionalpolitik", erklärte der Mandatar mit Blick auf das heurige 100-Jahr-Jubiläum des Bundeslandes. Das Burgenland habe den Aufholprozess geschafft. Auch das Gemeindepaket sei dabei ein wichtiger Teil der regionalen Politik, wie auch die ökosoziale Steuerreform einen Impuls für die regionale Entwicklung darstelle, so Berlakovich.

Nationalratsabgeordneter **Klaus Lindinger** lobte das veranschlagte Agrarbudget für das Jahr 2022: "Unsere Bauern arbeiten unter höchsten Standards und produzieren beste Lebensmittelqualität, mit denen sie täglich unseren Tisch decken. Die Landwirte sind aber auch Unternehmer wie alle anderen. Sie müssen genauso wirtschaften, um von ihrer Arbeit leben zu können", hielt Lindinger fest. Was die Anreizunterstützung für Jungbauern betrifft, erinnerte der Abgeordnete an die Top-ups für Betriebsübernehmer sowie die neue Niederlassungsprämie. "Das alles ist wichtig, damit wir auch in Zukunft die Versorgungssicherheit garantieren können und nicht nur Wertschätzung, sondern auch Wertschöpfung möglich ist", forderte Lindinger erneut vom Gesundheitsminister die Umsetzung der zweiten und dritten Verordnung zur Herkunftskennzeichnung.

Nationalratsabgeordneter **Nikolaus Prinz** unterstrich die Bedeutung der Direktzahlungen für die Abgeltung der Leistungen der bäuerlichen Familienbetriebe. "Es sollte uns allen bewusst sein, dass kein Land in der westlichen Welt ohne diese auskommt, da sie eine wesentliche Stützung für die Konsumentenpreise sind", stellte Prinz klar. (Schluss)

EFSA: Notfallzulassungen von Neonicotinoiden bei Zuckerrüben waren zulässig

Behörde überprüfte Ausnahmeregelungen in elf EU-Mitgliedstaaten

Parma, 18. November 2021 (aiz.info). - Die Europäische Lebensmittelbehörde (EFSA) bewertete Notfallanwendungen neonicotinoidhaltiger Insektizide bei Zuckerrüben im Zeitraum 2020 bis 2021. Die Behörde kam zu dem Schluss, dass die von elf EU-Mitgliedstaaten beantragten und überprüften Notfallzulassungen in allen 17 Fällen gerechtfertigt waren, weil es entweder keine alternativen Mittel beziehungsweise keine chemischen oder nichtchemischen Methoden gab oder weil das Risiko bestand, dass die Schädlinge gegenüber verfügbaren alternativen Mitteln resistent werden könnten.

Die Bewertungen erstrecken sich auf insgesamt 17 erteilte Notfallzulassungen für Pflanzenschutzmittel, die Clothianidin, Imidacloprid, Thiamethoxam und Thiacloprid enthalten, in den EU-Ländern Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Kroatien, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei und Spanien. 2020 ersuchte die EU-Kommission die EFSA zu prüfen, ob die von den Mitgliedstaaten erteilten Notfallzulassungen im Einklang mit der EU-Pflanzenschutzmittelverordnung aufgrund "einer anders nicht abzuwehrenden Gefahr" für Kulturpflanzen begründet waren.

Die Anwendung von Imidacloprid, Thiamethoxam und Clothianidin im Außenbereich wurde in der EU 2018 verboten, und die Zulassung von Thiacloprid wurde 2020 nicht verlängert. Diese Maßnahmen stützten sich auf die Bewertungen der EFSA, wonach mit den drei erstgenannten Stoffen eine Gefährdung der Bienengesundheit verbunden sei und die Anwendung von Thiacloprid zu einer Verunreinigung des Grundwassers führen könnte. (Schluss)

Schutz des Urwaldes: EU-Agrarverbände bezweifeln erfolgreiche Umsetzung

Rückverfolgbarkeit der Waren ist unrealistisch

Brüssel, 18. November 2021 (aiz.info). - Ein Ende der weltweiten Abholzung von Wäldern sei eine wichtige Angelegenheit, betonen die EU-Verbände des Getreidehandels (Coceral), der Ölmühlen (Fediol) und der Mischfutterhersteller (Fefac). Doch der Vorschlag der EU-Kommission über abholzungsfreies Soja und Palmöl werde die Lage nicht verbessern. Die Auflagen passten nicht zu der Wirklichkeit auf den Märkten, kritisieren die drei Verbände in einer gemeinsamen Erklärung. Vor allem die geforderte Rückverfolgbarkeit der Waren mit Geodaten bis zum einzelnen Erzeuger und möglicherweise einer physischen Trennung der Partien halten sie für unrealistisch. Mit ihrem Vorschlag schließe die EU-Kommission maßgeschneiderte Lösungen für Kleinunternehmen, für besonders engagierte Landwirte und für Entwicklungsländer aus, die sich um den Waldschutz bemühten.

Fefac-Präsident **Asbjorn Borsting** kritisiert die geplante Einteilung der Herkunftsländer in verschiedene Risikogebiete. Das wird zur Folge haben, dass die Unternehmen aus den Hochrisikogebieten abwandern, um ihr eigenes Anlastungsrisiko zu vermindern, befürchtet Borsting. Aber damit verliere die EU gerade dort an Einfluss, wo die Abholzung der Wälder ein großes Problem

sei. "Wir befürchten, dass die Verordnung nicht den gewünschten Erfolg haben wird", ergänzt Cocal-Präsident **Philippe Mitko**. Der Europäische Dachverband der Bauern und Genossenschaften COPA-COGECA warnt vor höheren Preisen für Futtermittel durch die Auflagen für abholzungsfreie Ware. Es könnte sogar zu Engpässen bei der Versorgung mit Futtermitteln in der EU kommen, was die tierische Erzeugung belastet und zu vermehrten Fleischimporten führen könnte, erklärt COPA-COGECA.

Die EU-Kommission legte gestern einen Vorschlag zum Schutz des Waldes vor. Danach dürfen nur noch abholzungsfreies Soja und Palmöl zukünftig auf den EU-Markt gelangen. Stichtag ist der 31. Dezember 2020. Nur noch bis zu diesem Stichtag bekommen landwirtschaftliche Flächen auf Rodungsland ein Zertifikat für den Export in die EU. Anhand von Satellitenbildern wird überprüft, dass die angeführten Erzeugnisse für den Import in die EU nur von Flächen stammen, die bereits im Dezember 2020 eine Weide, eine Ölpalmenplantage oder ein Sojafeld waren. Die EU-Kommission will die Anbauländer in verschiedenen Risikokategorien einstufen mit unterschiedlich weitgehenden Sorgfaltspflichten für die Importeure. EU-Umweltkommissar **Virginijus Sinkevičius** meint, die neuen Auflagen würden die Preise für Soja und Palmöl kaum erhöhen, zumal sich die Importeure jetzt schon freiwillig um Zertifikate für ihre Erzeugnisse bemühen. (Schluss) mö

Bundesländer begrüßen Saisonier-Neuregelung

Höfe mit arbeitsintensiven Kulturen sind auf Arbeitskräfte aus Drittstaaten angewiesen

Wien, 18. November 2021 (aiz.info). - Besonders im arbeitsintensiven Gemüseanbau, wie etwa in Ober- und Niederösterreich, sind die Bäuerinnen und Bauern auf die Unterstützung von Arbeitskräften aus Drittstaaten angewiesen. Mit dem gestrigen Ministerratsbeschluss sollen Beschäftigungsbewilligungen außerhalb von Kontingenten und ohne Arbeitsmarktprüfung für diese Saison erteilt werden können. "Die Neuregelung der Beschäftigung von Stammsaisoniers vermindert den bürokratischen Aufwand und schafft Sicherheit sowohl für die Betriebe als auch für die gut eingearbeiteten Stammmannschaften. Unser Hauptaugenmerk in Oberösterreich liegt darauf, dem wachsenden Gemüseanbau die notwendigen Rahmenbedingungen bieten zu können. Die Neuregelung darf aber nicht dazu führen, dass in Summe weniger Arbeitskräfte auf den Betrieben zur Verfügung stehen. Unsere Gemüsebauern erweitern laufend ihr Angebot, bereichern unsere heimische Kulinarik und treffen die Wünsche der Konsumenten zielgenau", strich OÖ Agrar-Landesrätin **Michaela Langer-Weninger** hervor.

Die zahlreichen Versuche der letzten Jahre, heimische Arbeitskräfte für die fordernden Tätigkeiten auf den Gemüsefeldern zu gewinnen, hätten keinen dauerhaften Erfolg gebracht. "Den Großteil der anfallenden Arbeit tragen weiterhin Drittstaatenangehörige, die jedes Jahr wieder die Saison auf den heimischen Betrieben verbringen", erklärte Langer-Weninger.

Johannes Schmuckenschlager, ÖVP-Umweltsprecher im Nationalrat, betonte: "Unsere Ernährungsgewohnheiten ändern sich. Wir essen mehr Obst und Gemüse, aber auch mehr biologische Lebensmittel. Gerade in diesen arbeitsintensiven Kulturen benötigen wir verlässlich ausreichend Saisonarbeitskräfte in Spitzenzeiten, dazu trägt die im Ministerrat beschlossene Stammsaisonnierregelung bei." (Schluss)

Landtechnik: Kostenfreier RTK-Korrekturdatendienst erfolgreich angelaufen

Digitale Technologien bieten zahlreiche Vorteile für bäuerliche Betriebe

Wien, 18. November 2021 (aiz.info). - Seit nunmehr zehn Monaten steht der amtliche RTK-Korrekturdatendienst APOS für agrarische Nutzergruppen kostenfrei zur Verfügung. Die Korrekturdaten ermöglichen geeigneten land- und forstwirtschaftlichen Maschinen die zentimetergenaue Navigation, wie sie beispielsweise bei automatischen Spurführungssystemen schon vielfach angewandt wird. Mittlerweile nutzen bereits rund 1.700 Betriebe mit 1.850 Empfangsgeräten diesen Service. Registrierung und Anmeldung erfolgen dabei bedienerfreundlich mithilfe des eAMA-PIN, anschließend hat man die Möglichkeit, Korrekturdaten für einzelne Maschinen (sogenannte "Rover") anzulegen und zu verwalten, berichtet **Martin Hirt**, Referent für Digitalisierung der Landwirtschaftskammer (LK) Österreich.

Die Nutzung des RTK-Signals bietet zahlreiche Vorteile für die bäuerlichen Betriebe. Sie ermöglicht eine exakte Positionsbestimmung bei Aussaat, Pflege und Ernte - auch bei Dunkelheit und Nebel - und sie sorgt dafür, dass es bei diesen Tätigkeiten keine Überlappungen gibt. Daraus resultiert ein entsprechendes Einsparungspotenzial an Betriebsmitteln (Saatgut, Dünger, Kraftstoffe).

"Die hohen Nutzerzahlen bestätigen, dass der kostenfreie APOS-Dienst im Agrarbereich außerordentlich gut angenommen wird. Als Landwirtschaftskammern ist es uns gemeinsam mit weiteren involvierten Partnern gelungen, alle notwendigen Informationen kompakt und verständlich auf unserer Homepage aufzubereiten. Somit konnten wir den überwiegenden Anteil des Informationsbedarfs auch digital abdecken", erklärt Hirt. Das RTK-Signal entlaste nicht nur den Fahrer, es führe auch zur Betriebsmitteleinsparung und somit zu einer noch ressourceneffizienteren Bewirtschaftung, so der LKÖ-Experte.

Horvath: Möchte dieses System nicht mehr missen

Überzeugt von den zahlreichen Vorteilen dieser Technologie ist **Alexander Horvath**, Landwirt in Krensdorf (Bgl.): "Da ich zu Beginn dieses Jahres erstmalig ein Spurführungssystem auf meinem Traktor nutzen wollte, traf sich das gut mit dem kostenfreien Start von APOS. Das erste Mal tatsächlich im Einsatz war es dann im April. Die Registrierung und das Anlegen von Zugangsdaten waren problemlos mit der Anleitung möglich, die im Internet zu finden ist. Bei der Installation am Traktor bekam ich zusätzliche Unterstützung meines Landmaschinenhändlers", berichtet Horvath. Der Einsatz des Spurführungssystems mit RTK-Genauigkeit war für ihn vor allem während des Anbaus bei der Einzelkornsaat eine wichtige Unterstützung. "Da kann man sich dann sicher sein, dass die Abstände passen. Speziell für diesen Arbeitsschritt möchte ich das System nicht mehr missen", betont der Landwirt.

Besonders in der Bio-Landwirtschaft sei es wichtig, bei Hackkulturen gerade Reihen zu bekommen.

Datenschutz gewährleistet

Laut Auskunft des Bundesamts für Eich- und Vermessungswesen (BEV) verlief die erste "Agrarsaison" reibungslos. Es traten bisher keine Systemstörungen auf, land- und forstwirtschaftliche Betriebe konnten somit zu jeder Tages- und Nachtzeit auf APOS vertrauen. Apropos Vertrauen: Besonderen Wert legt man im BEV auf das Thema Datenschutz. Es wird versichert, dass keinerlei einzelbetriebliche Daten an andere Bundesstellen oder andere Dritte weitergegeben werden.

Kooperationsprojekt des Bundes

Bei "APOS für die Landwirtschaft" handelt es sich um eine Zusammenarbeit des BEV mit dem Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus (BMLRT) sowie den Landwirtschaftskammern. Alle Informationen, diverse Erklär-Videos und den Zugang zu APOS findet man auf der Homepage der Landwirtschaftskammern unter <https://lko.at/apos-rtk>. (Schluss)

Russland schränkt Düngerexporte für ein halbes Jahr ein

Maßnahme gegen Preissteigerungen

Moskau, 18. November 2021 (aiz.info). - Die Ausfuhren von Stickstoff- und Stickstoff enthaltenden Mineraldüngern aus Russland sollen ab Anfang Dezember beschränkt werden, hat die Regierung in Moskau beschlossen. Die Restriktionen sind bis Ende Mai 2022 geplant, heißt es in der Kabinettsverordnung. Für diesen Zeitraum wurden die Exportquoten für die Stickstoffdünger in Höhe von 5,9 Mio. t und für die Mehrnährstoffdünger von 5,35 Mio. t festgelegt. Die Kontingente sollen zwischen den Produzenten bis Mitte nächster Woche verteilt werden. Ministerpräsident **Michail Mischustin** erklärte die Maßnahme mit der Notwendigkeit, einer Verteuerung von Mineraldüngern am Binnenmarkt vorzubeugen. Bei der Herstellung dieser Betriebsmittel sei Erdgas ein bedeutender Kostenfaktor; die Preissteigerungen dafür hätten bereits negative Auswirkungen an den internationalen Märkten verursacht, wovon auch Russland betroffen werden könnte. (Schluss) pom